

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 14. März 2022

Krisenrabatt Kraftstoffe

Die angespannte geopolitische Lage – ausgelöst durch den Angriff Russlands auf die Ukraine – hat zu großen Unsicherheiten an den Rohstoffmärkten geführt. Die Preise für Rohöl sind seit Anfang Februar um bis zu 50 Prozent gestiegen (UK Brent). Private und gewerbliche Verbraucherinnen und Verbraucher leiden zunehmend unter den historischen Rekordpreisen für Benzin und Diesel an deutschen Tankstellen. Damit darf der Staat die Menschen und die Wirtschaft nicht allein lassen.

Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum, Gewerbetreibende, Handwerk und die Logistikbranche haben kurzfristig keine Alternativen zum PKW, Kleintransporter, Bus oder LKW. Zur Absicherung der wirtschaftlichen Tätigkeit unserer Volkswirtschaft und zum Erhalt des sozialen Friedens müssen wir die krisenbedingt außergewöhnlich gestiegenen Kraftstoffpreise lindern.

Zur schnellen und spürbaren Wirkung schlagen die Freien Demokraten einen Krisenrabatt auf Kraftstoffe vor, der unmittelbar die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Zapfsäule reduziert. Dazu soll auf jede Tankrechnung ein fixer Cent Rabatt je Liter Benzin und Diesel gewährt werden. Der Rabatt wird durch die Tankstellenbetreiber direkt an der Ladenkasse gewährt. Der Preis an der Zapfsäule bleibt dagegen unverändert, damit volle Transparenz bestehen bleibt und keine Anreize zu weiteren Preiserhöhungen gesetzt werden.

Die Erstattung des Rabatts an die Tankstellenbetreiber bzw. Mineralölgesellschaften erfolgt durch den Staat auf der Basis der verkauften Gesamtmenge an Sprit. Für den individuellen Verbraucher fällt kein bürokratischer Vorgang an. Der Krisenrabatt ist eine staatliche Unterstützungsleistung und keine Reduzierung des Steuersatzes. Denn gesetzliche Steueränderungen, die erst in einigen Wochen oder Monaten wirken würden, wären in dieser Lage zu langsam und zu träge.

Mit dem Krisenrabatt Kraftstoffe sollen aktuelle Preisspitzen kompensiert und eine dämpfende Wirkung auf die Inflationsentwicklung erreicht werden. Ziel ist es, negative Zweitrundeneffekte bei Verbraucherpreisen und Lohnentwicklung zu reduzieren. Es wird – anders als beim geplanten Klimageld – bewusst ein breiter Ansatz gewählt, um Pendler und Gewerbetreibende in der vollen Breite zu entlasten.

Der Krisenrabatt soll befristet gewährt und fortwährend auf seine Wirkung hin evaluiert werden. Über ein engmaschiges Monitoring der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe beim Bundeskartellamt sollen mögliche Mitnahmeeffekte unterbunden werden. Auf einem Energiepreisgipfel mit der Energie- und Mineralölwirtschaft sollte die Bundesregierung zudem darüber beraten, wie Versorger und Energieanbieter ihren Beitrag zur Preisdämpfung leisten können.

Dieser Rabatt-Mechanismus soll für Entlastung in der akuten Krise sorgen, bedeutet aber keinen langfristigen Strategiewechsel bei der Besteuerung fossiler Brennstoffe. Den notwendigen Umstieg auf CO₂-neutrale Mobilität wollen wir nicht verzögern, denn er ist Teil der Strategie für eine größere Energiesouveränität Deutschlands und Europas. Auf kurzfristige externe Schocks muss mit kurzfristigen und schnell wirkenden Antworten reagiert werden. Im Zentrum der langfristigen Preispolitik steht allerdings weiterhin die CO₂-Bepreisung durch den Emissionshandel, auf die wir unser Handeln ausrichten werden.

Die Entwicklung von Preisen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine muss weiter eng beobachtet werden. Die bereits von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen (u.a. steuerlicher Grundfreibetrag, Arbeitnehmerpauschbetrag, Pendlerpauschale, EEG-Umlage, Kindersofortzuschlag und Heizkostenzuschuss) müssen zügig umgesetzt und in ihrer Wirkung ausgedehnt werden. Weitere Maßnahmen in anderen Lebens- und Wirtschaftsbereichen zur Abwendung von Härten in dieser außerordentlichen Situation sollten ergänzt werden, wenn dies die Entwicklung erfordert.